

geredet wurde, erklärte sich nicht bloß der damalige Reichskanzler dagegen, auch die Vertreter der größeren Einzelstaaten erhoben entschiedene Einsprache gegen diesen Plan, den sie als einen Eingriff in die Finanzgesetzgebung der Bundesstaaten bezeichneten. Ebenso abfällige Urtheile darüber die Wortführer des Zentrums und der beiden konservativen Parteien. Inzwischen ist in Preußen die Reform der Einkommensteuer durchgeführt worden und hat eine beträchtliche Mehrbelastung der mittleren und großen Einkommen zur Folge gehabt. Es steht ferner für Preußen die Einführung einer Vermögenssteuer bevor. Sollte also wirklich die Umgehung des jetzigen Reichskanzlers dem Plane einer Reichseinkommensteuer nicht abgeneigt sein, so ist doch mit Sicherheit dagegen der Widerspruch der meisten Einzelstaaten, und wohl auch Preußens, zu erwarten. Das einzige Bestehende dabei wäre der Umstand, daß die durch die Militärvorlage entstehenden Kosten alsdann sicher nur von den wohlhabenden Klassen getragen würden. - Aber diese Wirkung ließe sich auch auf anderen gangbaren Wegen erreichen. Zutreffend ist, daß in den entscheidenden Kreisen der Wunsch vorherrscht, die ärmeren Schichten der Bevölkerung möglichst zu schonen und die neuen Finanzlasten auf die Schultern der Wohlhabenden möglichst abzuwälzen. Daß dabei die Börse in allererster Linie „bluten“ soll, nicht allein insofern einer weiteren Erhöhung der Börsensteuer, sondern auch durch Einführung einer Emissionssteuer, darüber scheint bereits ein allseitiges Einverständnis erzielt zu sein.

Die „V. Börs. Ztg.“ die auf die Wahrscheinlichkeit einer großen Anzahl von Stimmwahlen hindeutet, bemerkt, es scheint sogar nicht ausgeschlossen, daß am 15. Juni noch nicht einmal eine beschlußfähige Anzahl Gewählte, d. h. noch nicht 199, aus der Wahlurne hervorgeht. Betrug doch schon im Jahre 1890 die Zahl der erforderlichen Stimmwahlen 148 gegen nur 62 in 1886 und gegen 99 im Jahre 1884.

Dänemark. Eine vom Kronprinz-Regenten (der König befindet sich bekanntlich in Wiesbaden) erlassene Anordnung bevollmächtigt den Kriegsminister, unter Verhältnissen, wo Heer und Marine so schnell wie möglich kriegsbereit gemacht werden sollen, eine „Mobilisationsordre“ auszustellen, die für die Wehrpflichtigen genaue Befehle enthält, auf welche Weise sie sich unverzüglich bei ihrem Kommando zu melden haben. Gleichzeitig mit der Ausstellung der Mobilisationsordre sollen alle Kirchenglocken des Landes drei Stunden lang ununterbrochen läuten und spätestens sechs Stunden nach Aufhören des Läutens muß jeder Wehrpflichtige auf dem Wege zu seinem Bestimmungsort sein.

Chicago. Die Sonntagruhe ist nun doch über die kolumbische Ausstellung in Chicago verhängt, da der zuständige Gerichtshof erkannt hat, daß das den Aktionären gegebene Versprechen, die Ausstellung am Sonntag nicht zu öffnen, gehalten werden müsse.

**Locale und sächsische Nachrichten.**

Eibenstock, 2. Juni. Nunmehr sind auch wir in die Wahlbewegung eingetreten. Am vergangenen Mittwoch sprach im Feldschlößchen in zahlreich besuchter Versammlung der Candidat der vereinigten Nationalliberalen und Konservativen, Herr Justizrath Dr. Böhme aus Annaberg und sandte dessen Ausführungen allseitigen lebhaften Anklang. Herr Böhme, ein Bertheidiger der Militärvorlage, hält zur Deckung der Mehrausgaben eine Börsen-, Luxus- u. Wehrsteuer für angebracht, da dieselbe zur Hauptsache nur die besser situierte Bevölkerung trifft. - Die zweite ebenfalls stark besuchte Versammlung fand Donnerstag in Deutschen Hause statt. Als Referent trat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Schippel auf. Auch hier bildete die Militärvorlage den Mittelpunkt der Erörterungen. Doch gipfelten dessen Ausführungen, wie ja vorauszusehen, in dem Schluß, einen Abgeordneten zu wählen, der keinen Mann und keinen Groschen für eine Verstärkung unseres Heeres bewilligt.

Schönheide, 1. Juni. Der hiesige Turnverein hat in der Nähe der oberen Schule zum Preise von 2400 Mark eine größere Wiese erworben, auf welcher ein neuer Turnplatz angelegt werden soll. Der Turnplatz soll in Kurzem, nachdem die Aufstellung der Gerüste erfolgt sein wird, eingeweiht werden. - Der vor etwa 12 Jahren erbaute hölzerne Aussichtsturm auf dem Kuhberge ist vor einigen Tagen, nachdem er schon seit einem Jahre gesperrt gewesen war, abgetragen worden. Der Turm, der in weiter Umgebung als eine Art Richtungszeichen angesehen werden konnte, wird von jedem Umschau haltenden Auge vermisst; es ist für den mit der Gegend Bekannten eine Lücke im Panorama entstanden.

Leipzig. Vor dem Reichsgericht findet am 7. Juni der Hochverrathsprozess gegen Bergmann Grasser und sechs Genossen wegen Verbreitung anarchistischer Schriften statt. Die Öffentlichkeit wird bei den Verhandlungen ausgeschlossen sein. Es sind 40 Zeugen vorgeladen.

Leipzig. Dr. Erwin Bauer erläßt in der „Neuen Deutschen Zeitung“ an leitender Stelle eine geharnischte Erklärung gegen Ahlwardt, welcher

vor Kurzem behauptet hatte, Bauer habe Gelder, welche für den Ahlwardtfonds, sowie für die antimilitarische Wahlagitiation bestimmt gewesen, dieser ihrer Bestimmung vorenthalten. Bauer erklärt die Behauptung Ahlwardts für ebenso unwahr als unehrlich. Er führt aus, daß von den für die Familie Ahlwardt gesammelten Geldern eine erste Rate von 150 Mk. an Frau Ahlwardt abgesandt worden sei. Die weiteren Sendungen seien auf Verlangen von hierzu berechtigt erscheinenden Persönlichkeiten so lange aufgeschoben, bis Ahlwardt wieder frei gewesen sei.

Das Distanz-Reiten, -Fahren und -Marschieren wird Mode. Eine ansehnliche Leistung hat Herr Elektrotechniker Christiansen von Chemnitz vollbracht, indem er in zwei Tagen die Tour Chemnitz-Dresden-Laubegast hin und zurück zu Fuß zurücklegte und hierbei nur für 35 Pfg. Kost bedurfte.

Zwickau, 1. Juni. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Nachmittag 3 Uhr hier an einem Neubau an der Glauchauer Straße, indem das zum Abputzen des Treppenhauses aufgestellte Gerüst zu Bruch ging und zwei Arbeiter, Maurer Eichhorn, 22 Jahre alt, und Klempnergehülfe Rau, aus der Höhe des dritten Stockwerkes, 15 m hoch, herabfielen, während ein dritter auf dem Gerüste befindlich gewesener Arbeiter sich am Rahmen eines Fensters noch erhielt, durch das Fenster gezogen und gerettet wurde. Eichhorn erhielt Halswirbel- und Brustwirbelbruch und war sofort tot, während Rau leichter verletzt wurde. Der Unfall passirte dadurch, daß Rau etwa 1 m hoch aus einem Fenster auf das Gerüst sprang und letzteres unglücklich Weise eine angebrochene Stelle an einer Streichstange besaß, wodurch diese zerbrach und somit dieses Gerüst, wie die darunter befindlichen Gerüste durchschlagen wurden. Einige unter dem Gerüst stehende Personen waren eben seitwärts getreten und dadurch schwerer Gefahr entgangen.

Zwickau. Die Tagesordnung zur Sitzung des Kreisauschusses am Mittwoch den 7. Juni dse. Is. Vormittags 1/2 12 Uhr besagt Folgendes: 1) Uebernahme eines Nebenamtes Seitens des Bürgermeisters Dr. Körner in Eibenstock; 2) Uebernahme einer fiskalischen Straßendücke in Ehrenfriedersdorf in städtische Unterhaltung; 3) Refurs des Privatmanns V. Bachmann in Limbach gegen die Abschätzung zu den Gemeindeanlagen; 4) Beschwerde des Lagerhalters Friedrich August Bertram in Limbach wegen Streichung seines Namens in der Reichstagswahlliste; 5) Refurs des Schneidemühlensbesizers Albin Richter in Ehrenfriedersdorf gegen die Abschätzung zu den Gemeindeanlagen; 6) Refurs des Apothekers Friedrich Lange in Plauen wegen Abforderung von Besizeränderungsabgaben; 7) Refurs des Radelmachers Carl Tippmann in Limbach gegen die Abschätzung zu den Gemeindeanlagen; 8) Refurs der Firma Dertel & Co. und Falkensteiner Gardinenweberei und Bleicherei zu Falkenstein gegen die Abschätzung; 9) Tanzregulativ für Eibenstock; 10) Tanzregulativ für Gevey (Dispensation); 11) Tanzregulativ für Werdau (Dispensation); 12) Tanzregulativ für Waldenburg (Dispensation); 13) Tanzregulativ für Frankenberg (Dispensation); 14) Nachtrag zum Tanzregulativ (bezw. für Concertmusik) für Ehrenfriedersdorf, sowie ein Gesuch des Stadtmusikdirektors Hierold und Sen. dort in derselben Angelegenheit; 15) Gesuch des Gastwirts A. Hermann in Altschemnitz um Erweiterung seines Tanzbefugnisses; 16) Gesuch der Lina verw. Beer in Schneeberg um Erweiterung ihres Tanzbefugnisses; 17) Gesuch der Dr. med. Herysch und Hirsberg in Zwickau um Genehmigung zur Vereinigung ihrer beiden Heilanstalten zu einer gemeinsamen Privatheilanstalt; 18) Vereinigung des zur Landgemeinde Zelle gehörigen Bahnhofes Aue mit der Stadtgemeinde Aue in Bezug auf die Polizeipflege; 19) Differenzen zwischen den Ortsarmenverbänden von a. Gablenz und Chemnitz wegen Erstattung von Unterbringungskosten für Marie Elisabeth Queck, b. Plauen i. B. und Pöhlta wegen Erstattung von Unterbringungskosten für den Eisengießer Friedrich Emil Georgi aus Pöhlta, c. Raum und Kirchberg wegen Unterstützung Robert Moritz Hilbert's aus Raum.

Freiberg begeht in der Woche vom 4. bis 11. Juni das Fest der Erinnerung an die vor 250 Jahren erfolgte heldenhafte Bertheidigung seiner Mauern gegen die schwedischen Belagerer unter Torstenson, bei welcher die Bürger und Bergleute vom 27. Dezember 1642 bis zum 17. Februar 1643 dem unausgesetzten Feuer von 5 Mörsern und 104 Kanonen und mehreren Sturmangriffen des Feindes standhielten, bis Torstenson nach einem Verluste von 3000 Mann den Versuch, die „Hexenstadt“ zu nehmen, aufgeben mußte. Die Linde, unter welcher sitzend Torstenson seine Befehle zu ertheilen pflegte, steht noch. Ein historischer Festzug, der am 5. Juni stattfindet, soll an die damaligen Begebenheiten erinnern. Gleichzeitig begeht die Schützengilde das 400jährige Jubiläum ihres Bestehens.

**Sitzung**

des Bezirksauschusses der königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 27. Mai 1893.

1) Der Bezirksauschuß verurtheilt den gegen die Wählbarkeit des Ortsschichters und Schulgeleitnehmer's Reichner

in Bockau als Gemeinderathsmitglied erhobenen Einspruch,

- 2) pflichtet den Vorschlägen der königl. Amtshauptmannschaft, die Wahl von Sachverständigen zur Feststellung der Entschädigungen für die wegen Seuchen getödteten Thiere betr., bei.
- 3) erkennt den wegen Erhebung der Bezirksteuer aufgestellten Vertheilungsplan für richtig an,
- 4) genehmigt
  - a. die Uebernahme einer bleibenden Verbindlichkeit Seitens der Gemeinde Zelle,
  - b. das Anlagen-Regulativ für Steinhebel vorbehaltlich der Beachtung der dagegen gezogenen Erinnerungen, vorläufig auf 2 Jahre und
  - c. die Besuche Carl und August Reibhardt's in Raschau und Hedwig verchel. Bogel in Carlsefeld um Errichtung je einer Schlächtereier, letztere bedingungsweise.
- 5) hält es auf die Mittheilung des Gewerbevereins zu Freiberg, die Veranstaltung einer Erzebergischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung daselbst im Jahre 1894 betr., für zweckmäßig, die Industriellen des Bezirks auf diese Ausstellung aufmerksam zu machen,
- 6) setzt die Umgebungsgebühr für die Hebamme in Pöhlta in der beschlossenen Höhe fest,
- 7) von den gegen Heranziehung zu den Gemeindeanlagen erhobenen Recursen wird
  - a. der von Alwin Gehler in Neutweil für beachtlich gefunden,
  - b. der von Selma Beststein in Breitenbrunn Mangel's Beweise abgewiesen,
  - c. der von Eward Strobel in Lindenuw als nur zum Theil begründet verworfen, während
  - d. hinsichtlich der Recurse der Gutbesitzer Grimm und Friedrich in Reudorf weitere Erörterungen für erforderlich gehalten werden.
- 8) der Bezirksauschuß erkennt die Nothwendigkeit der Beleuchtung einer Strecke des Zelle-Abrodaer Communicationsweges innerhalb des Gutsbezirks Kösterlein an,
- 9) genehmigt die Besuche
  - a. Georg Bogler's in Leipzig um Ertheilung der Erlaubniß zum Schankbetriebe im Bayerischen Hofe in Schönheide,
  - b. Carl Heinrich Haubold's in Niederwiesau zum Schankbetriebe im Rathhause in Schönheide,
  - c. Felix Schubert's in Wittingthal um Uebertragung der seinem Vater ertheilten Erlaubniß zum Gasthofbetriebe und zur Abhaltung von Tanzmusik auf seine Person bedingungsweise und
  - d. Friedrich Albin Best's in Lauter um Uebertragung der seinem Vater zufließenden Erlaubniß zum Bier-schant betingungsweise.
- 10) lehnt die Besuche
  - a. des Bäckers und Conditors Otto Unger in Zelle um Erlaubniß zum Kaffee-, Bier- und Weinschant,
  - b. Emil Epperlein's in Neutweil um Erlaubniß zum Bier- und Brantweinschant,
  - c. des Cantinewirtches Gottlieb Ludwig Röder in Schönheide zur Verabreichung von Speisen und Getränken an Bahnbauarbeiter, sowie am Bahnbau nicht beschäftigter Personen während der Sonn- und Festtage,
 sämtlich in Mangel örtlichen Bedürfnisses und
  - d. Emil Best's in Raschau um Erlaubniß zum Bier-schant aus straßenpolizeilichen Gründen und Mangel's neuer Thatfachen

ab und

- 11) ertheilt zu den nachgesuchten Grundstücksabtrennungen von
  - a. Folium 125 und 270 des Grund- und Hypothekendbuches für Schönheide,
  - b. Folium 114 des Grund- u. Buches für Beierfeld und
  - c. Folium 39 desselben Buches für Carlsefeld
 Genehmigung.

**Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.**

3. Juni. (Nachdruck verboten.)

Am 3. Juni 1887 wurde von Kaiser Wilhelm der Grundstein zum Nordostkanal gelegt. Dieser nunmehr im Bau begriffene Kanal, der Holstein durchschneidet und das für die Schifffahrt gefährliche Kattegat und Stageral umgeht, stellt eine direkte Verbindung von Ost- und Nordsee her. Er beginnt im Mündungsgebiet der Elbe bei Brunsbüttel und mündet bei Holtzenau nördlich von Kiel in die Kieler Bucht. Der Kanal ist 98 km lang. Er ist hochwichtig für Schifffahrt und Handel; denn er bringt eine beträchtliche Ablösung des Verkehrs von der Ostsee nach allen an der englischen Ostküste liegenden Häfen. Noch größer ist des Kanals strategische Bedeutung; denn er macht die Kriegsslotte des deutschen Reiches unabhängig von fremden Mächten. Die Kosten des Kanals sind auf 156 Millionen Mk. veranschlagt, die Bauzeit ist auf acht Jahre berechnet.

4. Juni.

Wie schon früher bemerkt, war Napoleon I., als der Befreiungskrieg begann, denn doch eine Ahnung davon aufgezogen, daß sein Stern im Sinken begriffen sein könne. Die ersten Gefechte und Schlachten mit den Truppen der Verbündeten hatten ihn belehrt, daß die Tage von Jena vorbei seien und es nunmehr gelte, alle ihm zur Verfügung stehenden Streitkräfte aufzubieten, um nicht zu unterliegen. Um sich zu verstärken und überhaupt nach dem verunglückten Rückzuge aus Austerlitz zu Altem zu kommen, suchte Napoleon einen Waffenstillstand nach. Anfangs wurde er zurückgewiesen und erst durch Oesterreich's Vermittelung wurde am 4. Juni 1813 dieser Waffenstillstand zu Poischwitz (bei Zauer) festgesetzt und zwar sollte derselbe unter dem Vorbehalt einer Kündigungsfrist von sechs Tagen bis zum 20. Juli dauern. Dieser Waffenstillstand war, was auch Napoleon gleich anfangs erkannt und ausgesprochen haben soll, für die Verbündeten vortheilhaft, für die Franzosen aber, wenn er nicht einen Frieden herbeiführte, nachtheilig. Beide Theile mußten sich hinter eine bestimmte Linie in Schlesien zurückziehen und der zwischen ihnen liegende Raum durfte während der Dauer der Waffenruhe von beiden nicht betreten werden; diese Linie war aber so gezogen, daß die Franzosen in Gegenden verweilen mußten, welche durch den Krieg ausgelesen worden waren, während der von den Allirten zu besetzende Theil Schlesiens noch nicht gelitten hatte. Außerdem hatte schon der Rückzug nach Schlesien die Allirten ihren Hilfsmitteln genähert, den französischen Kaiser aber von den seitigen entfernt, die bereits nicht mehr reichlich flossen.

5. Juni.

Vor 70 Jahren, am 5. Juni 1823, erschien in Preußen ein Gesetz, das die Einführung von Provinzialständen anordnete. Es war das eine merkwürdige Einrichtung, wenigstens nach unseren heutigen parlamentarischen Begriffen. Die genannte Körperschaft war bestellt als „gesetzmäßiges Organ der verschiedenen Stände der getreuen Unterthanen in jeder Provinz“. Dem Stände der großen Grundbesitzer, meist Adel, waren bedeutend mehr Stimmen eingeräumt, als den Städten und den Bauern und dabei waren die Befugnisse dieser Ständekammern von sehr mäßigem Umfang. Die Verathungen beschränkten

sich und hatten die Wirkung von Feind der an hier, Schiedliche hier, hier, die v, die G, englisch erhalt, H, für, fügen. Villa, fußt